

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

NEUES STEUER- KONZEPT BRINGT MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Das neue finanzpolitische Konzept der SPD, in dem insbesondere die Senkung der Sozialabgaben von Gering- und Durchschnittsverdienern vorgesehen ist, ist ein richtiger Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir entlasten damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Lohn- und Gehaltserhöhungen oftmals durch steigende Abgaben gerade wieder aufgefressen werden und geben gleichzeitig damit Impulse für den Binnenmarkt. Dabei machen wir keine irrwitzigen Steuererhöhungsversprechungen wie die unheimliche Koalition aus Union und Linken, sondern bleiben beim Kurs der Haushaltskonsolidierung. Durch eine stärkere Steuerfinanzierung der staatlichen Sozialversicherungen schaffen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit innerhalb, aber auch zwischen den Generationen – und stellen damit die Weichen für eine notwendige Reform unseres Steuer- und Abgabensystems, die die SPD Baden-Württemberg schon vor Jahren auf mehreren Landesparteitagen diskutiert und beschlossen hat.



Senkung der Abgaben

Bereits 2003 haben wir im Südwesten gefordert, die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen und dafür bei den Steuern und Abgaben Umschichtungen vorzunehmen. Ausgangspunkt des Reformkonzepts ist und bleibt es, die Beiträge für die staatlichen Sozialversicherungen generell abzusenden. Dies muss durch höhere Zuschüsse aus Steuermitteln finanziert werden, wenn der Bundeshaushalt ab 2011 ohne neue Schulden auskommen soll. Hierfür wollen wir vor allem hohe private Einkommen und Vermögen wie Erbschaften stärker heranziehen.

So entspricht der vorliegende Regierungsentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer, der eine gerechtere Besteuerung durch eine realistische Bewertung des Grund- und Immobilienvermögens bei hohen Freibeträgen (500 000 Euro für Ehegatten, 400 000 Euro für jedes Kind) vorsieht, unseren Zielen eines sozial ausgewogenen Steuersystems. Denn das Erben von großen Vermögen ist keine eigene Leistung. Wir wollen zudem, dass die sogenannte Reichensteuer nicht erst bei einem jährlichen Einkommen von 250 000 Euro für Alleinstehende bzw. 500 000 Euro für Verheiratete einsetzt, sondern bereits bei der Hälfte, nämlich bei 125 000 Euro bzw. 250 000 Euro. Außerdem werden wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer prüfen.

Unser Ziel muss sein, bei den Sozialversicherungsabgaben im Laufe des nächsten Jahrzehnts wieder unter 36 Prozent zu kommen. Die Absenkung um einen Prozentpunkt bedeutet in heutigen Werten bei der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung etwa zehn Milliarden Euro und bei der Arbeitslosenversicherung etwas über sieben Milliarden Euro. Für eine Krankenschwester mit einem monatlichen Einkommen von 2 500 Euro wäre dies eine Entlastung von rund

600 Euro im Jahr. Während dies bei der Krankenschwester also eine Entlastung in Höhe von zehn Prozent ihrer bisherigen Sozialabgaben bedeutet, würden Spitzenverdiener um weniger als 0,1 Prozent davon profitieren.

Bürgerversicherung als Ziel

Grundsätzlich – und gerade auch im Bundestagswahlkampf 2009 – halten wir gleichwohl an unserem Ziel einer Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung fest. Hierdurch würden alle Bürgerinnen und Bürger gleichmäßig und solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Damit erreichen wir eine angemessene und gerechte Belastung.

Die Steuer- und Abgabenlast insgesamt zu senken, ist ein wichtiger Bestandteil sozialdemokratischer Reformpolitik. Das neue finanzpolitische Konzept ist vor diesem Hintergrund ein bemerkenswerter Vorstoß, der die Solidität der SPD-Finanzpolitik fortsetzt und gleichzeitig Ungerechtigkeiten und Herausforderungen der Zukunft strukturell angeht. Es lohnt sich, darüber zu reden.

Herzlich,
Ute Vogt

Ute Vogt
Landesvorsitzende

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

JOHANNA WEICKER JÜNGSTE SPD- ORTSVORSITZENDE



Während die Parteien im allgemeinen mit Mitgliederschwund und Nachwuchssorgen kämpfen, kann sich die SPD in Baden-Württemberg über eine der jüngsten Ortsvereinsvorsitzenden bundesweit freuen. Die heute 18 Jahre alte Gymnasiastin Johanna Weicker wurde schon mit 17 an die Spitze der Genossinnen und Genossen im gut 6500 Einwohner zählenden Grafenau im Kreis Böblingen gewählt. „Von mir gab es immer die klare Ansage: Ich will einen Posten übernehmen“, sagte Johanna Weicker im Mai beim Stuttgarter Landtag. Sie habe den Parteiposten allerdings erst Ende April und damit einige Wochen nach der Wahl übernommen, erklärte SPD-Generalsekretär Jörg Tauss. Man habe damit gewartet, weil die Frage der Altersgrenze rechtlich umstritten sei.

Nach Angaben von Jörg Tauss hat die baden-württembergische SPD seit Mai vergangenen Jahres 873 neue Mitglieder gewonnen. Davon sei mehr als die Hälfte (484) jünger als 35 Jahre. Insgesamt zählt die SPD im Südwesten derzeit rund 40 000 Mitglieder. ■



**Deutschland-Dialog
„Nah bei den Menschen“
mit Kurt Beck
und Ute Vogt**

**Freitag, 27. Juni 2008
um 19.00 Uhr
im Palais Prinz Carl,
Kornmarkt 1
in Heidelberg**

KOMMUNALPOLITIK EINFACH ONLINE LERNEN



Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

„Kommunalpolitik einfach online lernen“ – unter diesem Motto bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen dem 15. September 2008 und 29. März 2009 mehrere sechswöchige E-Learning-Kurse zum praxisorientierten Erlernen des kommunalpolitischen Handwerks an. Beim E-Learning werden Kursinhalte online präsentiert, eigenständig erarbeitet und mit den Kursteilnehmenden diskutiert. So nutzen E-Lerner zeitlich und örtlich unabhängig, betreut durch einen E-Tutor, multimedial aufbereitete Lehrmaterialien.

Der vierwöchige Basiskurs vermittelt die Grundlagen kommunaler Aufgaben, Finanzen und Wahlkampfplanung. Dieser wird am Ende durch ein Präsenzseminar zur inhaltlichen Vertiefung und zum Austausch mit erfahrenen Kommunalpolitikern abgerundet. In den verbleibenden zwei Wochen wählen die E-Lerner aus den optionalen Themenmodulen (zum Beispiel Rechtsextremismus, Jugendarbeit).

Das E-Learning-Angebot richtet sich primär an kommunalpolitisch Interessierte und Engagierte aus Baden-Württemberg, die unter www.fes-kommcheckers.de weitere Informationen abrufen und sich auch anmelden können. ■

HERZLICHE GLÜCK- WÜNSCHE IM JUNI

ZUM 80. GEBURTSTAG
an Edeltraud Birn-Friedrich in Neckargemünd, Paul Böhm in Stuttgart, Adam Brachmann in Wernau, Gerda Brauckmann in Ulm, Fritz Braun in Bopfingen, Inge Bung in Radolfzell, Tabitha Cramer in Hockenheim, Anton Dinsler in Wangen, Hans-Jürgen Dörr in Titisee-Neustadt, Margret Ebinger in Weissach, Gerhard Farr in Remchingen, Paul Fischer in Wangen, Heinz Flohr in Schriesheim, Anneliese Giek in Remchingen, Rolf Götz in Eberbach, Otto Graf in Engen, Johannes Haffner in Philippsburg, Hermann Hafner in Stuttgart, Gerhard Helle in Tübingen, Ildiko Hepp in Freiburg, Josef Hermann in Oppenau, Willi Hilzinger in Offenburg, Günther Hole in Ravensburg, Willi Klutz in Neckargemünd, Klaus Lantz in Mannheim,



Einladung zum SPD-Familienfest
für Mitglieder und Freunde, für junge Familien
und alle Junggebliebenen jeden Alters
am Samstag, 14. Juni 2008,
im Freizeitpark Ravensburger Spielaland

Auf unserem zentralen Familienfest wollen wir einen abwechslungsreichen Tag verbringen und neben Spiel und Spaß auch Gespräche zu Themen wie Familien-, Schul- und Bildungspolitik anbieten. Der Park ist an diesem Tag von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

SPD-Sonderpreis: 11 Euro pro Person
(ansonsten 22 bzw. 20 Euro)

Der SPD-Treffpunkt im Eventzelt ist im Bereich Grüne Oase. Dort werden im Lauf des Tages einige politische Programmpunkte angeboten. Unsere Abgeordneten stehen zum Dialog bereit. Außerdem besteht die Möglichkeit, exklusiv eine Zauberschule sowie eine Zirkusschule zu besuchen.

Anmeldung beim SPD-Landesverband
Tel. (0711) 6 19 36 50 oder unter
familienfest@spd-bw.de bzw. www.spd-bw.de

TERMINE JUNI 2008

MONTAG, 2.
Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Wiesloch

SAMSTAG, 7.
Carlo-Schmid-Preisverleihung, Mannheim
SGK-Landesvorstand und SGK-Kreisvorsitzende, Stuttgart

MONTAG, 9.
AfA-Landesvorstand, Stuttgart
AGS-Landesvorstand, Stuttgart

MITTWOCH, 11.
AG 60plus-Fachkonferenz „Leben und Wohnen im Alter“, Stuttgart

FREITAG, 13.
Präsidium, Stuttgart

MITTWOCH, 18.
Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Freiburg

SAMSTAG, 21.
Landesvorstand, Stuttgart
ASJ-Landesdelegiertenkonferenz, Stuttgart

MITTWOCH, 25.
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

Helmut Maier in Winterlingen, Käthe Michael in Weinheim, Robert Müller in Rimbach, Karl Schmid in Aalen, Helmut Schwaab in Neckarzimmern, Günter Sohn in Brühl, Gertrud Steck in Bad Bellingen, Otto Stoeching in Ulm und an Heinrich Vogt in Neckarsulm

ZUM 90. GEBURTSTAG
an Otto Spengler in Stuttgart, Theodor Mergenthaler in Stuttgart, Anna Weber in Mosbach, Otto Winter in Buggingen, Erna Wende in Karlsruhe, Willi Schwenger in Stuttgart, Franz Czuday in Brigachtal, Manfred Knippals in Maulburg, Hans Loos in Brühl, Lotte Blocher in Kornwestheim und an Johanna Haug in Tübingen

ZUM 98. GEBURTSTAG
an Willi Blohm, früher wohnhaft in Mosbach, und an Konrad Stueble in Leutkirch

ZUM 101. GEBURTS TAG
an Luise Storz in Stuttgart

ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM
an Werner Gegenheimer in Karlsruhe, Gertrud Scheuermann in Wertheim, Gisela Unangst in Mannheim und an Anneliese Weinert in Ruedersberg

ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM
an Ernst Baumann in Stuttgart, Adolf Kaeseberg in Singen, Hans Müller in Mannheim, Hilde Vöhringer in Mannheim und an Valentin Weltin in Allensbach

ZUM 82. JUBILÄUM
an Hildegard Bockermann in Laufenburg

DAS ENDE DER NEIDGESELLSCHAFT ODER: WAS DIE GESELLSCHAFT ZUSAMMENHÄLT

Von Christian Lange MdB, Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe

Das Gehaltsniveau deutscher Topmanager ist in den vergangenen Jahren regelrecht nach oben geschossen. In weniger als fünf Jahren haben die Vorstandschefs der deutschen Dax-Konzerne ihre Vergütung um knapp 50 Prozent gesteigert – allein 2006 waren es mehr als 13 Prozent. Gehälter und Löhne müssen sich aber sozial verantworten, und zwar nach oben wie nach unten. Wir müssen uns überlegen, was unsere Gesellschaft noch zusammenhält. Niemand versteht, weshalb ein Manager bis zum Tausendfachen eines Mitarbeiters in der Stunde mehr verdient. So etwas droht unsere soziale Marktwirtschaft zu sprengen – ein Erfolgsmodell, auf das wir zu Recht stolz sind und zu dem wir uns im Hamburger Programm bekennen. Es bedroht letztlich den sozialen Frieden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir stehen aber auch am Beginn eines Mentalitätswandels. An die Stelle der bisherigen Kultur des Schweigens tritt

nach und nach eine neue Kultur der Offenheit und Transparenz. Wir haben begonnen mit der Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Außerdem sorgte bereits die rot-grüne Koalition dafür, dass in einer ersten Stufe die Höhe von Managergehältern aller börsennotierten Unternehmen veröffentlicht werden muss. Wir haben also mit der gesetzlichen Offenlegungspflicht der Managergehälter begonnen, nachdem wir feststellen mussten, dass ein Verhaltenskodex auf freiwilliger Basis nicht zu den erwünschten Ergebnissen geführt hat. Rund 1000 börsennotierte Unternehmen sind seit 2006 von der Veröffentlichungspflicht betroffen. Der ungebremste Anstieg der Managergehälter zeigt allerdings, dass es weiteren Regelungsbedarf gibt.

Die SPD hat dies erkannt und frühzeitig eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Managerbezahlungen“ eingerichtet, der ich angehöre. Wir haben konkrete Empfeh-

lungen erarbeitet: Als eine zentrale Ursache für die Entwicklung bei Managergehältern haben wir die extreme Ausweitung variabler, an die Gewinn- bzw. Börsenkursentwicklung der Unternehmen gekoppelter Vergütungsbestandteile für das Top-Management erkannt. Diese Form der Vergütung führt dazu, dass Vorstände ihre wirtschaftlichen Entscheidungen immer mehr am kurzfristig ausgerichtetem Interesse von Anteilseignern und an der Steigerung des Börsenwertes der Unternehmen, dem sogenannten „shareholder value“, ausrichten. Das Interesse der Belegschaften an sicheren Arbeitsplätzen und das der Kommunen an der Standorttreue von Unternehmen gerät dadurch systematisch in den Hintergrund. Insbesondere die Aufsichtsräte, die über die Managergehälter entscheiden, müssen mehr Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein entwickeln, weshalb wir sie schärfer in Haftung nehmen wollen. Dies will die SPD durch Än-



derungen des Aktien- und des Steuerrechts erreichen.

Eine breite Bevölkerungsmehrheit ist davon überzeugt, dass niemand von Dumpinglöhnen leben soll, weshalb wir für gesetzliche Mindestlöhne kämpfen. Gleichzeitig muss aber auch der Gier von einigen Wenigen ein Riegel vorgeschoben werden. ■